



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
SEKTION III-RECHT

GZ.: BMI-LR2210/0029-III/1/b/2017

Wien, am 10. April 2017

An die

Parlamentsdirektion

per E-Mail:

NR-AUS-PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at

Manuela Elsigan
BMI - III/1/b (Referat III/1/b)
Herrengasse 7 , 1010 Wien
Tel.: +43 (01) 531262482
Org.-E-Mail: BMI-III-1-b@bmi.gv.at
WWW.BMI.GV.AT
DVR: 0000051
Antwortschreiben bitte unter Anführung der GZ an
die Org.-E-Mail-Adresse.

Betreff: Legistik und Recht; Verbindungsdienst - Parlament und Ministerrat; Parlament
Allgemein
Stellungnahme zur parlamentarischen Bürgerinitiative 112/BI betreffend "Keine
Reduzierung bei Polizeiinspektionen & Kein Stellenabbau von Polizeibeamten im
Bezirk Gänserndorf!"

Sehr geehrte Damen und Herren!

Seitens des Bundesministeriums für Inneres ergeht zur Bürgerinitiative 112/BI folgende
Stellungnahme:

Die primären Ziele der Ressortleitung sind auf den bestmöglichen Schutz der Bevölkerung,
sowie auf die Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls ausgerichtet. Dieses Bestreben
fordert eine ständige Bedarfsanpassung, Neuorientierung und auch Neuausrichtung der
Organisation.

Es wird fortwährend an neuen organisatorischen Ausgleichsmaßnahmen gearbeitet, um
auch in Zeiten erhöhter Exekutivbelastung, die polizeiliche Präsenz und Grundversorgung zu
jedem Zeitpunkt bestmöglich sicherzustellen.

Die Migrationsbewegung stellt die österreichische Bundespolizei und damit auch die
Landespolizeidirektion Niederösterreich weiterhin - insbesondere im grenz-, fremden- und
asylrechtlichen Bereich - vor große Herausforderungen, sodass nicht zuletzt aufgrund dieser
Entwicklungen eine Neuausrichtung der Organisationsstrukturen mit dem Ziel und Zweck der
Stärkung und Professionalisierung dieses Bereiches durch operative Aufgabenkonzentration
erforderlich ist.

Im Zuge dieser Neuausrichtung sind sowohl die polizeilichen fremden- und asylrechtlichen
Erstmaßnahmen als auch die dazu erforderlichen Fahndungsmaßnahmen zu betrachten.

Dabei gilt es, die derzeitigen Strukturen zu hinterfragen und an die zukünftigen Herausforderungen anzupassen.

Ziel dieser Neustrukturierung ist lediglich, die bestehenden Strukturen, im Sinne der Sicherheit der Bevölkerung, effizienter nutzen zu können. Dabei kann durch eine zentrale Steuerung gewisser polizeilicher Einheiten ein enormer Mehrwert für das polizeiliche Einschreiten erzielt werden. Mit den geplanten strukturellen Maßnahmen sind jedoch keine Dienststellenschließungen intendiert.

Es kann versichert werden, dass seitens des Bundesministeriums für Inneres die Ängste und Sorgen der Bevölkerung sehr ernst genommen werden und alles getan wird, um ein friedliches und respektvolles Miteinander sicherzustellen und das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Dazu gehört unter anderem selbstverständlich die Gewährleistung der polizeilichen Grundversorgung, welche außer Frage steht.

Für den Bundesminister:

Mag. Christine Schleifer-Tippl

elektronisch gefertigt

